



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

α.: Aus Schwaben.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Aus Schwaben.

Nach längerer Unterbrechung unserer Correspondenz blicken wir dießmal mit Befriedigung auf die unverkennbaren großen Fortschritte zurück, welche die Entwicklung unseres ganzen Staatswesens im letzten halben Jahr auf der seit 1870 betretenen Bahn gemacht hat. Die öffentliche Meinung hat sich bereits in die neuen Verhältnisse eingelebt, und die Thatsache, daß der Mittelpunkt unseres öffentlichen Lebens in Berlin und nicht mehr im Stuttgarter Halbmondsaal zu suchen ist, wird überall als so selbstverständlich betrachtet, daß selbst die verbissensten Feinde des Reichs, die Ultramontanen und die Schäßle-Fresesche Clique mit ihrem schwäbischen Anhang, sie als eine vollendete hinzunehmen genöthigt sind. Zwar scheinen sich oft noch der Durchführung der neuen Ordnung der Dinge fast unüberwindliche Hindernisse entgegen zu stellen, allein der Erfolg hat stets gezeigt, daß unmöglich ist, den durch die neugeschaffene politische Situation vorgezeichneten Gang der Entwicklung auch nur kurze Zeit durch die Rücksicht auf die Stimmungen und Interessen der Hofkreise aufzuhalten. Man trennt sich natürlich in letzteren nur schwer von manchen hergebrachten Prärogativen, wie man auch andererseits den gewaltigen Schutz, welchen das deutsche Reich nach außen, wie gegenüber den Feinden der socialen Ordnung verspricht, gerne acceptirt; die Verhältnisse sind in dieser Beziehung ganz andere in Stuttgart, als in Carlsruhe und München. Die Stellung der Minister in diesem fortwährenden Conflict zwischen den Anforderungen des neuen Reichsrechts und den persönlichen Neigungen der maßgebenden Kreise in Stuttgart ist daher eine höchst difficile und nicht gerade beneidenswerthe. Sie sind sich offenbar darüber klar, daß ein fester Rückhalt in Berlin für sie mehr Werth hat, als gewisse persönliche Sympathien in Stuttgart, und sie betrachten theilweise die in Berlin errungene Stellung als eine Versicherung gegen die Launen der Hofgunst, welche früher die beliebige Entlassung der Minister als das werthvollste Attribut des Herrscherthums betrachtete. Daher das Streben, vor allem in Berlin Boden zu gewinnen, die letzte Erinnerung an die zollparlamentliche Vergangenheit zu verwischen, zugleich aber in Stuttgart jede Eifersucht möglichst zu zerstreuen und dagegen die Ueberzeugung zu erwecken, daß die Minister im Bundesrath und Reichstag einzig und allein darauf bedacht seien, die Sonderrechte der Krone und des Landes zu wahren. Um Letzteres zu ermöglichen, ist nöthig, von Zeit zu Zeit gewisse Trophäen — wie die landesherrlichen Köpfe auf den neuen Goldmünzen — aus Berlin nach Hause zu bringen. Leider sind auch diese nur mit Hilfe des Reichskanzlers zu erringen. Man hat daher, da man dieß fühlt, in Stuttgart nachgerade allen Geschmack an der Politik dergestalt verloren, daß man den Ministern in den wichtigsten staatsrechtlichen Fragen völlig freie

Hand läßt, unter der stillschweigenden Bedingung, dafür möglichst wenig mit solchen Angelegenheiten behelligt zu werden.

Um so ängstlicher ist die Sorgfalt, mit welcher man das persönliche Band zwischen Regierenden und Regierten zu erhalten und täglich fester zu knüpfen bemüht ist, verbunden mit dem Anspruch auf eine naive patriarchalische Hingebung, welche dem heutigen Zeitalter völlig fremd ist. Man fürchtet hierbei offenbar, der äußere Nimbus des Königthums könnte künftighin durch den Glanz der kaiserlichen Majestät verdunkelt werden, und mag sich daher am allerwenigsten in den Gedanken finden, die Huldigungen des Volks mit dem Kaiser theilen zu müssen oder gar letzteren besonders ausgezeichnet zu sehen. Man hatte deßhalb in den Septembertagen dieses Jahres, als unser schwäbisches Byzanz sich bemühte, ein Familienfest des Hofes zu einer ebenso erzwungenen als geschmacklosen Demonstration der ungeschmälerten Unterthanentreue zu benutzen, und, wenn auch mit wenig Erfolg — eine Orgie des Particularismus zu feiern, mit sichtbarer Beklemmung nach Gastein geblickt, und war herzlich froh, als der Kaiser — der sich nicht aufzudrängen beabsichtigte — vermied, den Mittelpunkt unseres Landes zu berühren, so daß bis jezt den Schwaben allein die Gelegenheit entzogen wurde, dem neuen Reichsoberhaupt persönlich zu huldigen.

Dennoch sind wir weit entfernt, diesem krampfhaften Festhalten an den äußeren Zeichen des Herrschertums eine tiefere Bedeutung beizulegen. Man rechnet in Schwaben heutzutage so viel wie andernwärts mit den Thatfachen: und die große nationalgesinnte Mehrheit der Bevölkerung, welche dem König für so manches große Opfer an seinen Souveränitätsrechten zu Dank verpflichtet ist, sucht sich diese Vorgänge, so gut es geht, zurecht zu legen, zumal in den wichtigsten Fragen der praktischen Politik nicht der geringste Grund zur Unzufriedenheit vorhanden ist. Muß doch schon nach Ablauf eines Jahres der Standpunkt der Versailler Verträge als ein gänzlich überwundener bezeichnet werden! Um ganz abzusehen von der Erklärung, mit welcher der Minister v. Mittnacht diesen Sommer den Juristentag bezüglich des Standpunkts der Regierung in der Frage von der Kompetenzerweiterung überraschte und von dem neulichen Wettlauf desselben Ministers mit Hölder im Reichstag in der Frage von dem Vorbehalt der ständischen Einwilligung, so genügt darauf hinzuweisen, daß, wie wir schon früher angekündigt haben, der Versailler Vorbehalt in der Militärfrage bereits thatsächlich beseitigt ist, und wohl auch in nächster Zeit eine formelle Derogirung erfahren wird. Die Reorganisation unsres Heeres, welches künftighin das XIII. Corps der deutschen Armee bilden wird, geht mit Hilfe der aus Preußen gesandten zahlreichen Officiere und Verwaltungsbeamten ihrer Vollendung entgegen.

Der vom Kaiser geschickte Corpscommandant hat bereits den Oberbefehl

über unsere Truppen übernommen, so daß diese thatsächlich ganz zur Disposition des Bundesfeldherrn stehen, der Austausch zwischen schwäbischen und norddeutschen Officieren und Unterofficieren hat im größten Maßstab begonnen und das Land hat nunmehr genügende Garantie dafür, daß das schwäbische Armeecorps in kürzester Zeit nicht nur äußerlich, sondern auch nach Geist und Bildung ein harmonisches Glied der großen deutschen Armee bilden wird. Die Abschaffung des Kriegsministeriums, für welches neben dem auch äußerlich entsprechend ausgestatteten Corpscommando in Stuttgart kein Raum mehr ist, wird sich ja bald hieran anreihen, indem nach den neuesten Nachrichten der Chef desselben bereits zum Festungscommandanten in Mainz designirt ist. Was endlich die besondere Militärverwaltung und die in Aussicht genommenen Ersparnisse von den 225 Thlr. betrifft, so genügt, darauf hinzuweisen, daß der soeben veröffentlichte Finanzetat sich darauf beschränkt, die „diesmalige Aversional-Summa von 225 Thlr. für den Kopf der Friedenspräsenzstärke“ in Rechnung zu nehmen, und die entsprechende Summe für die nächsten Jahre einfach unter den Leistungen an das Reich rubricirt. Von Ersparnissen „als Ergebnisse der obwaltenden besonderen Verhältnisse Württembergs unter voller Erfüllung der Bundespflichten“ ist nirgends mehr die Rede, und es wird uns als sehr fraglich bezeichnet, ob die Beibehaltung einer eigenen Regie für die Folgezeit nicht mit einer sehr erheblichen Mehrbelastung des Landes verbunden wäre. Man hat sich denn auch mit der Aufgabe dieser Sonderstellung längst vertraut gemacht, und die schwäbischen Mitglieder der national-liberalen Partei des Reichstags handeln durchaus im Sinne ihrer Wähler, wenn sie in der Aussicht auf jene Eventualität der Verlängerung des Pauschquantums ihre Zustimmung erteilen.

Im Departement der auswärtigen Angelegenheiten sah sich die Regierung genöthigt, wenigstens einen Theil der bisherigen Gesandtschaftsposten eingehen zu lassen, nachdem Bayern in dieser Frage wieder so unerwartet vorangegangen war; nämlich nach dem neuesten Etat die Gesandtschaften in Paris, Bern und Karlsruhe, während diejenigen in Petersburg, München und Wien auch fernerhin beibehalten werden sollen und neben diesen auch das auswärtige Ministerium selbst bestehen bleibt. Zu der Aufhebung der Pariser Legation verstand man sich leichter, nachdem man von dem Grafen von St. Vallier, in dessen ritterliche Gesinnung man bis zum Jahre 1870 ganz besonderes Vertrauen gesetzt hatte, durch die nachträglichen Enthüllungen Gramont's so schwarzen Undank erfahren hatte. Wir glauben übrigens kaum, daß die Stände, ohne mit ihren oft proclamirten Grundsätzen in Widerspruch zu kommen, sich mit diesem Angebot begnügen können. Von dem unnützen Aufwand abgesehen, sind die Gefahren des activen wie des passiven Gesandtschaftsrechts zu nahe liegend. Noch sind die Zeiten in frischer Erinnerung, wo der Czaren

führer Graf Chotek als österreichischer Gesandter in Stuttgart den Mittelpunkt aller antinationalen Intriguen bildete, in dessen Palais Ultramontane und Großdeutsche ihre Parolen empfangen, wo Schäßle aus- und einging und die ersten Fäden zu dem Netz gesponnen wurden, mit welchem dieser ehrgeizige und unruhige Geist später im Bund mit den Franzosen das deutsche Reich zu umgarnen gedachte. — Aus naheliegenden Gründen kann die Initiative in dieser Richtung sogar nur von der Ständekammer erwartet werden, welche wohl auch bald die Frage von der ferneren Ausübung der Münzhoheit vor ihr Forum ziehen wird.

Ähnliche Fortschritte werden wir in nächster Zeit auch auf dem Gebiet des Post- und Telegraphenwesens zu verzeichnen haben. Man hatte sich seiner Zeit in Versailles keine klare Vorstellung darüber gemacht, wie neben der Einführung der Reglements und Tarife, — und folgeweise des ganzen Rechnungswesens des Reichs für den Verkehr außerhalb Landes, die Sonderstellung für den inneren Verkehr forterhalten werden sollte. Die Folge hiervon war, daß mit dem plötzlichen Import der umfangreichen und ganz abweichenden Vorschriften der Reichspostverwaltung unter den Männern des Schalters, welche bisher mehr durch praktische Routine als durch Studium von Paragraphen ihre Ausbildung erhalten hatten, eine solche Verwirrung einzureißen begonnen hat, daß unsere gewiegtesten Verkehrsbeamten schon jetzt keinen andern Ausweg wissen, als durch die Berufung eine größeren Anzahl norddeutscher Postbeamten die neuen Reglements und das neue Rechnungswesen in's Leben einzuführen. Das Uebrige wird sich dann vollends von selbst entwickeln. — In demselben Maße, als die bisherige Sonderstellung Schwabens aufhört, dringt denn auch die lebendige Theilnahme an den allgemeinen Angelegenheiten des Staats immer tiefer in die Massen ein. Wir können schon heute behaupten, daß es außer den Ultramontanen keine dem Reich feindliche organisirte Partei mehr in Schwaben gibt. Die sogenannte schwäbische Volkspartei hat thatsächlich zu existiren aufgehört. Ihre Reste sind gänzlich in das klerikale Lager übergegangen, namentlich ihr bisheriges Organ, der Stuttgarter Beobachter. Lekturer, welcher schon früher durch die krasse Unkenntniß seines ostpreussischen Redacteurs in allen schwäbischen Dingen sich den Spott der Eingeborenen zugezogen hatte, hat neuerdings, seit er im Bunde mit dem „Volksboten“ und dem „Vaterland“, deren Ton er sich vollkommen angeeignet hat, abwechselungsweise das Reich und seine Organe und die freisinnigen Katholiken, überhaupt alles, was nicht ultramontan oder französisch ist, um die Wette verunglimpft, so ziemlich allen Credit der frühern Zeit verloren. Die moralische Vernichtung jener pseudodemokratischen Partei selbst wurde schließlich noch durch den Sturz des Ministeriums Hohenwart-Schäßle besiegelt. Lekturer, welcher aus eigener Erfahrung mit allen Geheimnissen der Journa-

listik vertraut war, hatte bis zu seiner Entlassung über die gesammte Presse derselben frei disponirt, so daß letzterer sich längere Zeit ausschließlich auf den Abdruck von Artikeln der Wiener Tagespresse und der österreichischen Journale neben einigen inspirirten Wiener Correspondenzen beschränkte. Es konnte daher nicht ausbleiben, daß der Sturm der öffentlichen Verachtung, der von Wien ausging, auch hier zu Lande die Männer niederwarf, welche bis zuletzt sich bemüht hatten, den Czechen in Oestreich zum Siege zu verhelfen, um mit ihrer und der Welschen Hilfe künftig einmal am Reich dafür Rache nehmen zu können, daß es sich nicht zur rechten Zeit um ihren Rath und Beistand beworben hatte.

Doch kehren wir zum Reichstag zurück, so haben bisher vor allem die Verhandlungen über die Münz- und die Kirchenfrage bei uns das Interesse in Anspruch genommen. Was erstere betrifft, so wäre durchaus irrig, aus ein paar vereinzeltten Demonstrationen für das Frankensystem, welche von einigen abgedankten Zollschwaben in Scene gesetzt wurden, eine besondere Hinneigung des Südens zum französischen Münzfuß folgern zu wollen. Man legte bei uns, da man sich jedenfalls in ein neues System hineinleben muß, weit weniger Gewicht auf die Wahl der einen oder der anderen Einheit, als auf eine möglichst rasche und energische Durchführung der einzuführenden neuen Münzen unter völliger Einziehung des alten Geldes; denn es läßt sich nicht verkennen, daß der Süden ganz besonders durch die Uebergangsperiode belästigt sein wird. Man ist deßhalb nicht nur durch die erfolgte Amendirung des Entwurfs von Seiten des Reichstags allgemein befriedigt, sondern erwartet vom Reichskanzleramt in Bälde weitere Schritte, um in erster Linie die süddeutsche Münze aus dem Verkehr zu ziehen.

Was die Kirchenfrage anbelangt, so hat das Vorgehen der bayerischen Regierung, namentlich aber das energische Auftreten des Cultusministers von Luz im Reichstag bei uns in Schwaben einen wahrhaft erfrischenden Eindruck gemacht. Die Thatsache, daß sämmtliche schwäbische Abgeordnete mit einziger Ausnahme von Probst dem Gesetz über den Mißbrauch der Kanzel zugestimmt haben, darunter auch Moriz Wohl, spricht wohl am deutlichsten für die hier herrschende Stimmung. Im übrigen haben die Bayern auch in dieser Frage gezeigt, daß sie, was Energie des Entschlusses und überzeugungstreues Festhalten an dem als richtig Erkannten betrifft, den Schwaben weit voran sind. Man betrachtet eben einmal bei uns die Vorsicht, das fortwährende Laviren zwischen den verschiedenen Standpuncten als die höchste Regierungsweisheit. Es war daher auch in der Parallele, welche Herr von Luz zwischen Württemberg und Bayern zog, eine gewisse Ironie nicht zu verkennen. Während Herrn von Luz der Bannfluch droht, hat dagegen unser Herr von Mittnacht, der nichts ohne Vorbereitung zu sprechen pflegt, vor nicht langer Zeit in

einer zahlreichen Katholikenversammlung in einem Toast auf Pius IX. den Ausdruck gethan, „daß der Papst die Sympathien aller Katholiken für sich habe.“ Diese Aeußerung — in Gegenwart des Landesbischofs und der Korporationen der Stuttgarter Katholiken — konnte unter den obwaltenden Verhältnissen kaum anders, denn als Parteinahme für die Infallibilisten aufgefaßt werden, und man erkannte damals allgemein den grellen Gegensatz, in welchem diese Aeußerung zu der von der Regierung proclamirten zuwartenden Haltung stand, um so mehr, als Mittnacht, der einzige Katholik im Ministerium, in Stuttgart als der Ton angegebende Minister betrachtet wird.

Dennoch möchten wir dieses Verhalten des Justizministers, den Niemand ultramontaner Neigungen bezüchtigt, nur als einen Beweis dafür ansehen, daß man in Stuttgart, zumal mit Rücksicht auf die in der Umgebung des Hofes herrschenden Einflüsse, für vortheilhaft hält, sich das Wohlwollen der Ultramontanen zu sichern. Wir werden hierauf ein anderes Mal zurückkommen und begnügen uns für jetzt mit der Bemerkung, daß die württembergische Regierung nichts lieber sehen kann, als wenn die bayrische Regierung und das deutsche Reich ihr in der Kirchenfrage, wie man zu sagen pflegt, die Kastanien aus dem Feuer holt: man kann dann nebenher noch die Lobeshebungen der Ultramontanen und Demokraten in die Tasche stecken.

Die erste Aufgabe unserer am 1. December zusammengetretenen Ständekammer wird die Berathung des Etatsgesetzes sein. So glänzend, wie nach der letzten Thronrede in Preußen, steht es freilich in Schwaben nicht; doch schließt der vorgelegte Etat nur mit einem jährlichen Mehrbedarf von ca. 300,000 fl., und einer Steuererhöhung bedarf es vorerst nicht. Dabei gesteht der Finanzminister jetzt zum ersten Male offen ein, daß das Deficit der Staatseisenbahnverwaltung einen jährlichen Zuschuß aus Steuermitteln von  $2\frac{3}{4}$  Millionen (wir hatten in einer unserer letzten Correspondenzen es rund auf drei Millionen berechnet!) erfordert, was bei einem künftigen Gesamtertrag der Steuern von 8—9 Millionen nicht wenig in's Gewicht fällt. Es wird sich nun fragen, ob, nachdem für die Regierung fernerhin jeder Grund für die Ausnutzung der Kirchthurmsinteressen zu Wahlzwecken weggefallen ist, dieselbe endlich mit dem bisherigen System des Staatsbaues, das so schwer auf den Steuerpflichtigen lastet, brechen wird. Die Entscheidung wird wesentlich auch davon abhängen, ob in der Ständekammer die Interessen des Landes oder — bei der großen Zahl der in Stuttgart domicilirten Abgeordneten — die Interessen der Residenz und der Stuttgarter Bauplatz-Speculanten den Ausschlag geben werden.

Neben dem Etat wird die Berathung des Eiben'schen Antrags auf Revision der Geschäftsordnung eine der brennendsten Debatten veranlassen. Gegenüber den ebenso raschen als großartigen Leistungen des deutschen Reichs-

tags ist der schleppende Gang der Stuttgarter Geschäftsordnung für das Publicum wie für die Regierung gleich unerträglich geworden, auch kann dieselbe bei der jetzt so nahe liegenden Vergleichung zwischen dem in Berlin und in Stuttgart arbeitenden geistigen Capital fernerhin nur zur Discreditirung unserer Ständekammer dienen. Widerstand wird der Antrag nur bei den gewohnheitsmäßigen Diätenjägern finden, welche die langen Commissionsberathungen bisher so trefflich auszunutzen verstanden.

Auch ein Fastnachtspiel wird der Ständekammer kaum erspart bleiben, indem das ultramontane und großdeutsche Häuflein beabsichtigt, die Thätigkeit des Reichstags vor das Forum derselben zu ziehen.

Die Interpellation ist bereits übergeben, durch welche unser schwäbischer Archimedes auf der Basis des Stuttgarter Ständehauses das Reich aus den Angeln zu heben gedenkt.

Von den Regierungsvorlagen heben wir den Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch und zur Gewerbeordnung und den seit vielen Jahren betriebenen Entwurf eines Baugesetzes hervor. Auch ist die Erhöhung der Beamtengehälter in Aussicht gestellt, über welche die Regierung noch nicht schlüssig ist; man will offenbar die Entwicklung dieser Frage im preussischen Abgeordneten Hause abwarten, um unseren Landboten die Entscheidung über die wenig populäre Vorlage zu erleichtern. Die Frage ist hier doppelt brennend, da die Besoldungen der Civildiener im Allgemeinen erheblich niedriger sind als im Norden, und die neueste Zeit außer der allgemeinen Aenderung des Geldwerthes gleichsam mit einem Schlag eine Ausgleichung der Preisverhältnisse der Länder des Gulden- und Thalerfußes herbeigeführt hat. In der Justiz insbesondere hat dieser Zustand in Verbindung mit der neulich erfolgten enormen Erhöhung der Advocatengebühren bereits die Wirkung gehabt, daß die besseren Kräfte sich der Advocatur zuzuwenden beginnen, und in Folge dieser und anderer Umstände das allgemeine Bildungsniveau des Richterstandes täglich ungünstiger sich gestaltet.

α.

## Vom deutschen Reichstag.

Berlin, den 3. December 1871.

Dadurch, daß die beiden letzten Reichtagsbriefe sich ausschließlich mit dem Münzgesetz beschäftigten, sind wir genöthigt, heute in der Chronologie der Reichtagssitzungen etwas weit zurückzugreifen.